

bau abzuhalten, um sie für die Rüstungsproduktion zu mißbrauchen.

- d) Durch diese falschen und schädlichen Auffassungen vieler Parteimitglieder wird die volle Entfaltung der Initiative der parteilosen Massen beim Aufbau Berlins, bei der Durchführung der Gesetze der Regierung der DDR, bei der Steigerung des Kampfes um die Erhaltung des Friedens und für die Herstellung der demokratischen Einheit Deutschlands gehindert.

Jedes Mitglied der Partei und der Gewerkschaften soll wissen, daß die Mehrheit der Berliner Bevölkerung für die Durchführung des Programms der Nationalen Front des demokratischen Deutschland nur gewonnen werden kann, wenn solche falschen und schädlichen Auffassungen überwunden werden.

3. Die Durchführung einer solchen breiten nationalen Politik setzt ein richtiges Verhältnis zu den sozialdemokratischen Mitgliedern in ganz Berlin voraus. Deshalb ist die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse die erste und dringendste Aufgabe der Berliner Parteiorganisation.

Das gute Beispiel der engen Zusammenarbeit der Mitglieder der SPD und SED im Transformatorenwerk Oberschöneweide bei der Mobilisierung der Belegschaft für die Volksbefragung muß allen Parteiorganisationen in Berlin als Anleitung zum Handeln dienen.

4. Im demokratischen Sektor, besonders aber in den Westsektoren, werden die Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet nur ungenügend popularisiert. Auch die Erfolge beim Aufbau im demokratischen Sektor Berlins werden in der Aufklärungsarbeit in den Westsektoren nur mangelhaft ausgenutzt. Der Kampf um die Vertiefung der deutsch-sowjetischen Freundschaft, gegen die Antisowjethetze, wird vor allem in den Westsektoren nicht breit und nicht offensiv genug geführt.

Jeder sollte wissen, daß nur das offene und mutige Eintreten für die Freundschaft mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern die tägliche Entlarvung der Hetze gegen das Lager des Friedens die unerläßlichen Voraussetzungen für die Gewinnung der Mehrheit der Berliner Bevölkerung schaffen wird.

Angesichts dieser Feststellungen ist es notwendig, in der gesamten Berliner Parteiorganisation den Beschluß des Parteivorstandes der